

Inhaltsverzeichnis

Monika Alisch und Martina Ritter

Einleitung: Sozialraumentwicklung, Soziale Arbeit und die Demokratisierung des Alltags 7

I Prozesse und Orte der Demokratisierung des Alltags

Martina Ritter und Monika Alisch

Die Organisation sozialer Öffentlichkeiten zur Demokratisierung des Alltags 25

Christiane Hüseman und Charlotte Persitzky

„So wie’s gerade läuft wird’s keine Zukunft haben!“ Partizipation im Sozialraum aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen43

Ida Schwerin

Jugendverbände als Gestaltungsräume für soziale Gerechtigkeit und Demokratisierung 65

II Methoden der Demokratiewerk

Sandra Herbener

Gezieltes Engagement für gesellschaftliche Veränderung – politische Frauen trotz(en) Hürden 85

Julian Gerigk

Das (Nicht-)Erreichen – undemokratische Umsetzung von Gemeinwesenarbeit aufgrund (lebensweltlicher) Distanz in der Stadtteiltreffarbeit 109

Georgia Rakelmann, Martina Ritter und Monika Alisch

„Zusammen:Leben in Osthessen“ – Eine Ausstellung mit speziellen
Eigenschaften 129

Vanessa Münker

Rassistische Alltagsrealitäten junger Menschen in Frankfurt –
Handlungsforschung als Möglichkeit der Diskussion und Aushandlung
in der Postmigrantischen Gesellschaft 145

III Narrative des Aushaltens und des Widerstands im demokratischen Rahmen

Areeg Mulhi

Transformationspotenziale aus dem zivilgesellschaftlichen, klimapolitischen
Widerstand am Beispiel des Dannenröder Forstes 161

Astrid Heck und Katrin Großmann

Narrative des lokalen Umgangs mit der politischen Rechten in einer
erzgebirgischen Kleinstadt 183

Autorinnen und Autoren 199

Sozialraumentwicklung, Soziale Arbeit und die Demokratisierung des Alltags

Monika Alisch und Martina Ritter

Soziale Arbeit ist zu einem wesentlichen Teil „auch aus Kämpfen um Demokratie hervorgegangen“, brachte Oehler wieder ins Gedächtnis (2019: 238). Dies werde in den Fachdiskussionen um ein „widersprüchliches und umstrittenes Wechselverhältnis“ von Demokratie und Sozialer Arbeit (Köttig/Röh 2019: 11) oft vergessen. Dabei lässt sich Soziale Arbeit auch verstehen „als wohlfahrtsstaatliche Antwort auf (potenzielle) soziale Desintegration von Individuen, Familien und größeren Bevölkerungsgruppen“ (ebd.). Oehler geht bis zu der Arbeit von Jane Addams (die Settlementbewegung als Motor einer sozialen städtischen Demokratie) und Alice Salomon (und ihren Einsatz „für die demokratische Revolution und der demokratische Impuls in der sozialarbeiterischen Methodenlehre“ (ebd.)) zurück, die Demokratie als Wert und handlungsleitendes Prinzip zum wesentlichen Bezugspunkt ihrer frühen Form sozialer und sozialraumbezogener Arbeit machten (Oehler 2019: 238).

Auch für die weitere Geschichte der Sozialen Arbeit könnten „immer wieder Anläufe und Versuche, Soziale Arbeit und Demokratie miteinander in Beziehung zu setzen“, identifiziert werden – insbesondere in Bezug auf eine professionstheoretische Auseinandersetzung (ebd.: 240): Als „Marksteine“ dieser Beziehung nennt Oehler die Pädagogik der Anerkennung (insb. Janusz Korczak); den Wiederaufbau einer entnazifizierten Sozialarbeit; die „Suchbewegung für eine neue Soziale Arbeit“ der 68er Generation von Sozialpädagog*innen und Sozialarbeitenden; die Lebensweltorientierung sowie subjekttheoretische und emanzipatorische Ansätze Sozialer Arbeit (Thiersch, Sünker); den Perspektivwechsel zur Dienstleistungsorientierung Sozialer Arbeit (Schaarschuch) sowie das Konzept Sozialer Arbeit als Menschenrechtsprofession (insb. Staub-Bernasconi) (vgl. ebd.; Oehler 2018: 220ff.).

Aus unserer Sicht ebenso in diese Liste einzuordnen wäre der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von Kurt Lewin entwickelte Ansatz zur „Verbesserung und Demokratisierung des sozialen Klimas in Institutionen (Alisch/Ritter 2023: 322), der zum einen für die Methodendiskussion in der Sozialen Arbeit und der Forschung der Sozialen Arbeit als Handlungs-, Tat- oder Aktionsforschung und darüber hinaus anderen Formen von Praxisforschung verankert ist und zum anderen in der konkreten Gemeinwesen- und Sozialraumarbeit (vgl. u.a. Alisch/May 2017). Lewin hatte mit der Verbindung von Planen, Handeln und „Tatsachenfindung“ auch den Anspruch verbunden, „allgemeine Erkenntnisse über Gesetze der Intra- und Intergruppenbeziehung zu gewinnen,

um damit auch über die konkrete Projektebene hinaus eine Verbesserung und Demokratisierung sozialen Handelns zu befördern“ (May 2008: 207). Hieraus ließen sich auch recht konkrete Hinweise auf eine demokratische Praxis Sozialer Arbeit ableiten – im Verhältnis der Fachkräfte gegenüber ihren Adressat*innen.

Im Folgenden werden wir versuchen, die aktuelle Diskussion zum Verhältnis von Demokratie und Sozialer Arbeit knapp zu skizzieren, um anschließend für die Demokratisierung des Alltags eine sozialräumliche Perspektive einzunehmen. Damit lassen sich die in den Beiträgen dieses Bandes versammelten Erkenntnisse aus konkreten Praxis- und Handlungsforschungsprojekten einordnen.

In der Einleitung ihres Bandes „Soziale Arbeit und Demokratie“ (2013) forderten Geisen et al. die „notwendige Bestimmung eines weitgehend unbestimmten Zusammenhangs“ zwischen Sozialer Arbeit und Demokratie ein. Tatsächlich sei dieses Verhältnis auch historisch gar nicht so eindeutig, zumal die Entstehung wohlfahrtsstaatlicher Strukturen und demokratischer Strukturen nicht parallel und wenig aufeinander bezogen verlaufen seien (Geisen 2013: 78). Mehr noch, für die Soziale Arbeit als Profession bedeute dies – und für engagierte Sozialarbeiter*innen ist dies sicher erst einmal irritierend – „dass nicht zwangsläufig davon ausgegangen werden kann, dass sie in ihrem Handeln demokratisch legitimiert und in ihren Zielen demokratischen Orientierungen verpflichtet und auf Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in ihrem Handeln fokussiert ist“ (ebd.). Als Menschenrechtsprofession sollte genau dies für die Soziale Arbeit eher selbstverständlich sein.

In der Theoriediskussion Sozialer Arbeit sehen Geisen et al. das Verhältnis von Demokratie und Sozialer Arbeit als ein Verhältnis „wechselseitiger Bedingung und Verstärkung aufgefasst“ (Geisen et al. 2013: 10). Dabei seien zwei Annahmen leitend für die Diskussion: „Entweder werden formal-demokratische Instanzen als gegebener Bedingungskontext der Erbringung von sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Sorge-, Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen verstanden oder die erfolgreiche Problembearbeitung durch die soziale Dienstleistungsinstanz Soziale Arbeit wird als Voraussetzung für eine künftige politische Teilhabe der (potenziellen) Nutzerinnen und Nutzer und Adressatinnen und Adressaten angesehen“ (ebd.)

Dass diese Annahmen sich als unbefriedigend erweisen, begründen die Autoren mit den neo-liberalen gesellschaftlichen bzw. wohlfahrtsstaatlichen Transformationen der letzten Jahrzehnte. Diese Entwicklungen haben auch die Soziale Arbeit verändert und werfen insbesondere die Frage auf, „nach dem Bezug zwischen der öffentlichen Unterstützungs- und Regulierungsleistung in Bezug auf die menschliche Lebensführung von (potenziellen) Nutzerinnen und Nutzern und Adressatinnen und Adressaten und deren demokratischen Teilhabemöglichkeiten“ (ebd.).

Hier wird *Demokratie als Lebensform* im Sinne von Oskar Negt angesprochen, die sichtbar wird in dem „konstitutiven Zusammenhang von Bildungs-, Erziehungs- und Sorgeleistungen und den Ausgestaltungsmöglichkeiten der alltäglichen Lebensführung in demokratischer Form“ (ebd.: 11). Rausch bezieht sich auf John Dewey und benennt das demokratische Handeln in der Demokratie als Lebensform, „in der möglichst viele Menschen gleichermaßen an sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Gütern teilhaben können und die wechselseitigen Beziehungen untereinander kommunikativ und fair regeln“ (Rausch 2019: 169). Die dafür notwendige Grundlage muss eine *Demokratie als Herrschaftsform (Regierungssystem)* sein, die ein „gewisses Versprechen politischer Teilhabe oder zumindest Repräsentation“ (Huke 2021: 17) formuliert. Darin zumindest sieht Huke den kleinsten gemeinsamen Nenner aller Praxen und Institutionen von Demokratie(n). Als Herrschaftsform ist Demokratie also gleichzeitig der Versuch, Demokratie als Lebensweise zu schützen (Dewey 1996).

Allerdings werden „schwache Interessen“ (vgl. Geisen 2013: 79) oder die der „Subalternen“ (Gramsci 1994) der Gesellschaft in der repräsentativen Demokratie eben nicht ausreichend – wenn überhaupt – repräsentiert (wenn es sich beispielsweise um Zugewanderte ohne deutsche Staatsangehörigkeit, bis 2019 Menschen mit geistigen oder psychischen Beeinträchtigungen sowie Kinder und Jugendliche handelt).

Köttig und Röh fassen deshalb in dem 2019 herausgegebenen Band „Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit“ (2019: 12) kritisch zusammen, dass sich Soziale Arbeit angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen die Frage stellen muss, „ob sie den Anspruch, demokratische Prinzipien, politische Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe noch umfassend begründen, realisieren und gestalten zu können“, noch erfüllen kann. Aktuelle Entwicklungen, die strukturelle Probleme wie Armut individualisieren, „als individuelle Bewältigungsleistungen“ (ebd.) konstruieren und letztlich Strukturfragen sozialer (Un-)Gerechtigkeit dethematisieren, erschweren es, eine entsprechende demokratische Soziale Arbeit zu realisieren.

Alamdar-Niemann et al. (2022) versammeln unter dem Titel „Demokratie und Soziale Arbeit“ Beiträge, die zur „Sensibilisierung für die Wahrnehmung und Veränderung von Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft“ – so der Untertitel – beitragen. Sie verdeutlichen also, dass es Aufgabe Sozialer Arbeit ist, sozialen Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken. Mehr noch: Soziale Arbeit selbst profitiert davon, dass es einen verfassten demokratischen Rahmen für ihre Arbeit gibt. Ein „Entgegenreten gegen den Abbau des sozialstaatlichen Sicherungssystems impliziert die Verteidigung von demokratischen Werten“ aus der Sozialen Arbeit heraus (ebd.: 6). Inzwischen scheint sich die Diskussion ein Stückweit zu verlagern, ohne das Verhältnis von Demokratie und Sozialer Arbeit aus den Augen zu verlieren. Menschenrechte, Inklusion – beide

dem Charakter einer gewissen „Realutopie“ (Spatscheck/Steckelberg 2018) unterlegen, sind solche Themen, die ohne eine Auseinandersetzung mit Demokratie und Demokratisierung nicht auskommen und deren Relevanz (nicht nur) in Bezug auf die Soziale Arbeit in zahlreichen Publikationen bearbeitet wird. Partizipation als „demokratisches Moment in der Sozialen Arbeit“ (Hobi/Pomey 2013: 121 ff.) und Ausdruck einer demokratischen Handlungspraxis gehört ebenso in diese Diskussion. Mit dem Begriff einer Transformativen Sozialen Arbeit wird inzwischen der Kontext deutlich erweitert und vor allem die transformative Wirkung Sozialer Arbeit bezogen auf die Lebensverhältnisse ihrer Adressat*innen und Nutzenden aber auch bezogen auf ihren Einfluss auf die gesellschaftlichen Kontexte ihrer Arbeit hervorgehoben. Insofern wird die aktive, gestaltende Rolle Sozialer Arbeit oder die Notwendigkeit der konsequenten Übernahme dieser Gestaltungsrolle in den Vordergrund gerückt. Demokratisierung wird dabei als entscheidendes Moment sozialer Nachhaltigkeit verstanden. Es steht letztlich die Frage „der Möglichkeiten der Gestaltung gesellschaftlicher Veränderungsprozesse im Zentrum“ (Sommer/Welzer 2019: 16).

Um sich mit der Demokratisierung des Alltags von Menschen auseinanderzusetzen, richten wir den Blick auf die Diskurse um lokale Demokratie, den Sozialraum als Möglichkeitsraum und die Community als in verschiedenen Ansätzen recht unterschiedlich eingesetzten Begriff für Gemeinschaften oder Gemeinwesen. Das Konzept, Arbeitsfeld oder Arbeitsprinzip der Gemeinwesenarbeit ist „... immer auch Arbeit an der (lokalen) Demokratie“ (Stövesand 2019). Stövesand macht dies fest an den Möglichkeiten, in direktem Kontakt zu den Menschen zu sein, alltägliche, persönliche Gespräche zu führen und eine „alltagsnahe, niedrigrschwellige politische Bildung“ zu betreiben – wie auch immer diese aussehen würde. Oehler sieht eine demokratische Professionalität Sozialer Arbeit oder eine demokratische Soziale Arbeit besonders durch eine dialogische und partizipative Grundhaltung geprägt, die er in einer Reihe von Handlungsleitlinien ausgeführt hat (Oehler 2019: 243).

Riede und Dölker (2019) haben in ihrem Band „Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie an die lange Tradition der Werkstatt für Gemeinwesenarbeit angeknüpft und nach dem Verhältnis von Gemeinwesenarbeit, Macht und Demokratie gefragt. Sie reagierten mit der gleichnamigen Werkstatt im Jahr 2018 auf die Beobachtung, dass sich die schon lange festgestellte Politikmüdigkeit „sich in generelle Abwehrhaltungen und -handlungen umzuformen“ scheint (ebd.: 5) und versammeln die Perspektiven der Praxis darauf.

Schnur et al. (2019) setzten in dem Sammelband „Quartier und Demokratie“ einen sozialräumlichen Akzent in der Diskussion zum Verhältnis von der Arbeit am und im Sozialraum und Demokratie. Entsprechend sind die Entwicklung und stetige Vermehrung partizipativer Ansätze, Formate und Methoden gleich der Ausgangspunkt für ihre ernüchterte Feststellung, dass, „Trotz

dieser Methodenvielfalt in den Partizipationsformaten [...] der damit verbundene Demokratiediskurs seit Jahren v.a. als Krisendiskurs geführt“ werde (ebd.: 1). Diese Krise beschreiben sie als Legitimations- und Repräsentationskrise, die sich jedoch eher auf die Formen der Demokratisierung bezieht und nicht auf demokratische Prinzipien (vgl. auch Oehler 1018). Sie setzen daher – wie die Gemeinwesenarbeit auf der Ebene einer „lokalen Demokratie“ an und begründen dies auch damit, dass gerade dort – in ihrer Begrifflichkeit dem Quartier –, „verstärkt Bewohner*innen auf[treten], welche die Entwicklung ihrer Nachbarschaft und ihres Quartiers nicht den Planer*innen überlassen, sondern in die eigene Hand nehmen wollen – z.B. im Rahmen von virtuellen Netzwerken, neuen Vereinen, Projekten oder sozialen Bewegungen“ (ebd.).

Sie geben sich optimistisch, da beispielsweise für „Ereignisse aus der unmittelbaren Nachbarschaft [...] sich manchmal mehr Teilnehmende mobilisieren [lassen] als gegen Fluchtkatastrophen im Mittelmeer oder verheerende Umweltzerstörungen durch Großkonzerne“ (ebd.: 2). Eine derartige „kleinräumige Politisierung“ nehme als „politisches Moment im Quartiersmaßstab oft beachtliche Ausmaße“ an (ebd.).

Diese Fokussierung auf das Lokale schließt zum einen an den Ansatz des Community Organizing an: Dieser zuerst von Saul Alinsky im Chicago der 1930er Jahre entwickelte Ansatz sozialraumbezogener Arbeit wirksam gewordene Handlungsansatz war auch eine Kritik an der wohlfahrtstaatlichen Sozialen Arbeit seiner Zeit – auch der damals innovativen Ansätze des Settlement – und sollte die bestehenden Machtverhältnisse skandalisieren und verändern. Entsprechend deutlich versuchen sich bis heute auch im deutschsprachigen Raum die Vereinigungen von Community Organizern von sozialarbeiterischen Vereinnahmungen abzugrenzen (vgl. Alinsky 1999).

Der demokratische Gedanke im CO ging weit über irgendwelche gut gemeinten und auch gut gemachten Partizipationsmöglichkeiten der *Teilnahme* hinaus. Es sollten gemeinsame Interessen von Menschen organisiert werden und so Impulse zur Selbstorganisation zu setzen (*Teilhabe*), die am Ende im besten Fall zu einer neuen Machtgruppierung im Stadtteil führt – der Community Organization als „eine ‚Konfliktpartei‘“ (Fischer et al. 2019: 154). Auch wenn Community Organizing sich letztlich auf die Lebensorte, wo insbesondere der Alltag des Wohnens und des Arbeitens zu organisieren sind, bezieht, meint der Community-Begriff nur bedingt einen territorial begrenzten Raum (*physical community*). Im Vordergrund steht vielmehr die integrierte Gemeinschaft (*integrated community*), in der über kulturelle und ethnische Grenzen hinweg kooperiert und gemeinsame Interessen verfolgt werden (vgl. Alisch/Weidmann 2024). Dass es ethnisch, religiös oder politisch unterschiedliche Gruppen in einem Stadtteil gab, war für Alinsky nicht das zu lösende Problem – wie es in Ansätzen von Stadtteil- oder Gemeinwesenarbeit durchscheint –

sondern „vielmehr eine wünschenswerte Erweiterung der bestehenden Sichtweisen“ (Fischer et al. 2019: 155), so dass eine community of interests entstehen kann (Szynka 2006).

Zum anderen zeigt sich hier Deweys Anspruch „Democracy must begin at home and its home is the neighborly community“ (Dewey 1996; zuerst 1927: 368). Er betont Demokratie als Lebensweise oder Lebensform und damit auch die Bedeutung des Umgangs miteinander im alltäglichen Zusammenleben für eine lebendige Demokratie. Schon zuvor hatten die frühen Community-Worker*innen wie Jane Addams die soziale Frage „also die Frage nach der Überwindung der Massenarmut durch die Herstellung von Gerechtigkeit, mit den Vorstellungen eines demokratischen Umgangs miteinander im Kleinen wie in der großen Gesellschaft („Great Community“)“ verbunden (Rausch 2019: 157). In beiden Perspektiven ist die *Demokratie im Kleinen* – oder eben im Alltag – keineswegs banal. Gerade das Community Organizing und seine frühe deutsche Variante als aggressive Gemeinwesenarbeit waren darauf ausgelegt, das Kräfteverhältnisse „durch öffentlichkeitswirksame, teilweise provokative, konfliktorientierte Aktionen“ aufzumischen (Stövesand 2013: 48) und so „Machtkonzentrationen und Privilegien zu bekämpfen, Minderheitenrechte zu schützen, gegen Rassismus und entfremdete Arbeit vorzugehen“ (ebd.).

Deweys Verständnis einer gelingenden Demokratie, die in der Nachbarschaft beginnt und nicht am Wahltag endet, wie Rausch ergänzt (vgl. Rausch 2019: 153), setzte bei der Bildung an. Er sah die Notwendigkeit entsprechender Prozesse, die „in jedem einzelnen ein persönliches Interesse an sozialen Beziehungen und Kontrollen weckt und das zugleich die geistigen Gewohnheiten erzeugt, die soziale Veränderungen ermöglichen, ohne Chaos herbeizuführen“ (Dewey 1916: 105 zitiert nach Rausch 2019: 167). Als ein Plädoyer, solche Lernprozesse im Quartier anzusetzen, formuliert Rausch: „Gemeinsam mit anderen müssen sie die Erzählfäden ihres Lebens aufgreifen und an ihrer Lebensgeschichte stricken, die freilich immer auch eine gesellschaftliche Konstruktion ist. V.a. braucht es Räume und Gelegenheiten der Begegnung und des Einübens von gemeinsamem Tun. Das Quartier bietet vielfältige Möglichkeiten der Betätigung und Entfaltung. Es ist nicht nur Behinderungsraum, sondern auch Lernfeld und Möglichkeitsraum“ (2019: 160) – zumindest könnte es so sein.

Wiederum mit Dewey gesprochen, sind die Lebensorte von Menschen, Ansatzpunkte für demokratisches Handeln: „Wo immer es eine gemeinsame Tätigkeit gibt, deren Folgen von jedem einzelnen der an ihr teilnehmenden Personen für gut befunden werden, und wo die Verwirklichung des Guten von der Art ist, dass sie ein tatkräftiges Verlangen und Bemühen hervorruft, es zu erhalten, weil es ein von allen geteiltes Gut ist, da gibt es insofern eine Gemeinschaft“ (Dewey 1988: 328 zitiert nach Rausch 2019: 157).

Damit ist auch tangiert, was Negt mit dem Anspruch verbindet, Demokratie müsse gelernt werden oder anders ausgedrückt auch erfahren werden im gemeinsamen Sprechen und Handeln (Rausch 2019: 157). Dies gehe nur durch „eine konsequente Demokratisierung aller Lebensbereiche“ (Negt 2010: 514) (Demokratie als Lebensform). Dabei entwickeln sich nicht nur gemeinsame Interessen, sondern auch die Menschen selbst, wie Rausch im Anschluss an Dewey festhält (vgl. ebd.). Insofern lebe „Demokratie dann auch von Bildungs- und Erziehungsprozessen“, die „nur das alltagsnahe Gemeinschaftslernen auf der Basis des von [Dewey] so bezeichneten Learning by Doing“ meinen (ebd.).

Da wir uns in diesem Band bewusst auf die Demokratisierung des Alltags und entsprechende demokratische Handlungsweisen und (Aushandlungs-)Prozesse beziehen wollen, ist diese lokale Perspektive auf Demokratie durchaus sinnvoll aufzugreifen. Gleichzeitig kann und soll damit nicht die Kritik ausgeblendet werden, Demokratie und somit auch Entscheidungsmacht und Einflussnahme sollten auf den lokal begrenzten Raum im Sinne einer „Spielwiese“ verengt werden. Die Vorstellung des „Regierens durch Community“ wie Rose schon zu Beginn der 2000er Jahre die „Herunterskalierung der (sozialen) Stadtpolitik auf kleinräumliche Kontexte (Quartiere, Sozialräume)“ (Schnur et al. 2019: 12) bezeichnet hatte, ist in dieser Lesart letztlich eine Verfeinerung der gängigen „neoliberal[e] Regierungstechnologie“ (ebd.) und das Konzept von Sozialraum läuft Gefahr „als Mittel zur Machtproduktion herangezogen“ zu werden (ebd.) und deshalb kritisch einzuordnen.

Rausch macht hier ein Spannungsverhältnis aus, das sich in den bundesweit umgesetzten Ansätzen von Sozialraumorientierung, wie insbesondere Wolfgang Hinte sie vertritt, zeige: Der vielzitierte Anspruch, nicht die Menschen, sondern die Verhältnisse durch eine sozialraumorientierte Soziale Arbeit zu ändern, war und ist – einerseits – durchaus wichtig, um der zunehmend üblichen Individualisierung sozialer Probleme von Armut oder Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen De-Thematisierung von Fragen sozialer Ungerechtigkeit entgegenzuwirken. Eine entsprechende Hinwendung der Gemeinwesenarbeit zu strukturellen und materiellen Veränderungen in den Lebenslagen der Betroffenen wäre – so Rausch – durchaus zu beobachten gewesen. Das führte jedoch andererseits auch dazu, dass seitdem jegliche „Bildungs- oder gar Persönlichkeitsentwicklungsprozesse vielmals erst gar nicht thematisiert“ worden sind (Rausch 2019: 168).

Dabei geht es eben nicht um den alten Konflikt zwischen einer Politik der Verhältnisse vs. einer Politik des Verhaltens und die damit verbundenen Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit (Anhorn et al. 2018), sondern vielmehr „auch um Angebote, Anregungen und die Befähigung von Eigenbildung und gemeinschaftlichem Lernen ganz im Sinne der Aufklärung, wonach

Emanzipation als die Befreiung aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit verstanden wird“ (Rausch 2019: 168).

Michael May wirft im Zusammenhang einer demokratischen Bildung des Sozialen und der Bildung am Sozialen die Fragen auf, wie sich erstens „auf demokratische Weise aus vielen verschiedenen Einzel- und Gruppeninteressen ein ‚Allgemeinwille‘ herausbilden kann“ (2019: 104) und wie zweitens „subalterne Gruppen, deren (Willens-)Artikulationen bisher überhaupt keine gesellschaftliche Resonanz erfahren haben“, wie Spivak (2008) insbesondere in ihrem Artikel „Can the subaltern speak? herausstellt, in entsprechende Prozesse der Interessensartikulation eingebunden werden können. Das Konzept Sozialraumentwicklung und Sozialraumorganisation, das insbesondere mit den in dieser Schriftenreihe versammelten Bänden seit 2008 seine Konturen zu schärfen versucht, versteht sich als ein Ansatz zur Beantwortung dieser Fragen (vgl. insb. Alisch/May, 2017; 2022; May 2019) und wird in dem vorliegenden Band als konzeptionelle Rahmung für die auf die Auseinandersetzung mit den demokratischen Herausforderungen bezogenen Beiträge verstanden.

Mit Sozialraumentwicklung ist ein Prozess gemeint, der Räume eröffnet, in denen Menschen, die bisher daran gehindert wurden, ihre Bedürfnisse und Interesse auszudrücken, sich ihrer eigenen Ansprüche an gesellschaftlicher Teilhabe gewahr werden können und dafür Gehör finden (vgl. Alisch/May 2022: 270). Entsprechende Prozesse anzustoßen, wäre schon Ausdruck eines demokratischen Handelns sozialer Arbeit. Es kommt jedoch auch darauf an, mit entsprechenden Methoden in einem demokratischen Sinne die Ausdrucksformen, Orte und Zeiten der Betreffenden dafür zu berücksichtigen. In einem zweiten Schritt der Sozialraumentwicklung geht es darum, die so hervorgebrachten sozialraumbezogenen Interessen mit den Interessen anderer sozialer Gruppen zusammenzubringen und entsprechende Öffentlichkeiten dafür zu schaffen, gemeinsame, gegensätzliche oder widersprüchliche Interesse in Aushandlung zu bringen. Sowohl die Sozialraumentwicklung erster Ordnung (Hervorbringen von Bedürfnissen und Interessen bisher von demokratischen Prozessen ausgeschlossenen Gruppen) und zweiter Ordnung (Beziehen und Aushandeln von Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen) erfordert passende Formen der Partizipation. Sozialraumorganisation lässt sich ebenfalls als Prozess demokratischer Aushandlungen lesen, den es mit dem Ziel zu erweitern gilt, wirklich „allen Beteiligten die gleichen Chancen auf eine umfassende Teilhabe und Teilnahme an Gesellschaft zu eröffnen (ebd.: 274).